



Vorlage an den Landrat**betreffend Staatsrechnung 2004**

vom 15. März 2005

1 Vorbemerkung

Entsprechend § 6 Buchstabe c der Kantonsverfassung¹ berichtet der Regierungsrat mit der Staatsrechnung gemäss § 33 Absätze 1 und 2 des Finanzhaushaltsgesetzes² über das Finanzjahr 2004. Die Staatsrechnung enthält die Verwaltungsrechnung mit der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung sowie die Bilanz des allgemeinen Staatsguts, Inventare und Angaben über Verpflichtungskredite. Weiter sind die Abschlüsse von Fonds und Stiftungen beigegeben. Einzelne besondere Aspekte der Rechnung werden im Zahlenteil von den Direktionen bzw. Dienststellen kommentiert.

2 Rahmenbedingungen**2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Schweizer Wirtschaft verzeichnete 2004 eine Zunahme des Bruttoinlandprodukts (BIP) um 1.9%. Das Budget 2004 war von einer vorsichtigeren Prognose für die Konjunkturentwicklung mit einem realen BIP-Wachstum von 1.4% ausgegangen. Nach der Schwächephase der schweizerischen Konjunktur im Jahr 2003 (Rückgang des BIP um 0.4%) haben 2004 steigende Exporte und die allgemein verbesserten wirtschaftlichen Aussichten zum vergleichsweise kräftigen Wirtschaftswachstum beigetragen. Die Wirtschaft im Kanton Basel-Landschaft hat sich 2004 mit einer Zunahme des BIP um 2.2% nur wenig besser entwickelt als im schweizerischen Durchschnitt.

Aufgrund der neusten Prognosen ist davon auszugehen, dass die Schweizer Wirtschaft sich im laufenden und im kommenden Jahr weniger gut entwickeln wird als 2004. Es wird ein Rückgang der realen Wachstumsraten auf 1.6% bzw. 1.8% erwartet. An der nachlassenden Dynamik sind hauptsächlich die Exporte schuld. Sie dürften die Zuwachsraten der ersten Hälfte 2004 nicht mehr erreichen. Der Grund dafür ist die weiterhin schwache Wirtschaftsentwicklung der Euro-Zone.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung hat 2004 zu keinem Rückgang der Arbeitslosigkeit geführt. Im Gegenteil: Im Jahresdurchschnitt 2004 war eine Arbeitslosenquote von 3.9% zu verzeichnen.

¹ SGS 100

² SGS 310

2003 hatte die durchschnittliche Arbeitslosenquote noch 3.7% betragen. Im Kanton Basel-Landschaft hat die Arbeitslosigkeit im gesamtschweizerischen Vergleich noch stärker zugenommen. Es resultierte ein Anstieg der durchschnittlichen Arbeitslosenquote zwischen 2003 und 2004 von 2,9% auf 3,4%. Der Grund dafür war die Vielzahl der Betriebsschliessungen und Massenentlassungen im Kanton und in der Region. Trotzdem liegt sie durchschnittliche kantonale Arbeitslosenquote nach wie vor unter dem schweizerischen Mittel von 3.9 Prozent.

Die Teuerung hat sich mit einem Jahresdurchschnitt von 0.8 Prozent gegenüber 2003 (0.5%) beschleunigt, während die Zinssätze (Rendite der eidg. Obligationen) unverändert auf dem Niveau von 2.7% verharrten.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der massgebenden Indikatoren³:

Angaben in % (Veränderung zum Vorjahr)	2000	2001	2002	2003	2004
BIP-Wachstum (real) CH	3.2	0.9	0.2	-0.4	1.9
BIP-Wachstum (real) BL	4.9	2.1	2.6	0.4	2.2
Jahresteuerung (Konsumentenpreisindex)	1.6	1.0	0.6	0.5	0.8
Zinssätze					
Kapitalmarkt (Rendite eidg. Obligationen)	3.9	3.4	3.2	2.7	2.7

2.2 Finanzlage des Bundes

Die Staatsrechnung 2004 des Bundes schliesst mit einem Defizit von 1.7 Milliarden Fr. unter dem budgetierten Ausgabenüberschuss von 3.5 Milliarden Fr. ab. Der ausserordentliche Zahlungsbedarf von 1.1 Milliarden Fr. im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung der Deckungslücken in den Pensionskassen des Bundes, der Post und skyguide ist im ausgewiesenen Defizit nicht enthalten.

Die Gründe für das gegenüber dem Voranschlag kleinere Defizit sind, sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite zu finden. Die Ausgaben liegen um 1'125 Millionen Fr. oder 2.2% unter den Werten des Voranschlags. Die Minderausgaben sind zur Hauptsache auf die Passivzinsen (Vereinnahmung Agios aus der Aufstockung bestehender Anleihen) sowie auf tiefere Beiträge an die Sozialversicherungen zurückzuführen. Die Gesamteinnahmen liegen um 684 Millionen Franken oder 1.4% über den Budgetwerten. Mehrerträge sind bei den Fiskaleinnahmen vor allem bei der direkten Bundessteuer, der Tabaksteuer, der Spielbankenabgabe und der Schwerverkehrsabgabe zu verzeichnen. Unter den budgetierten Werten liegen die Stempelabgaben, die Verrechnungssteuer, die Mehrwertsteuer, die Mineralölsteuer sowie die Automobilsteuer und die Autobahnabgaben. Im nichtfiskalischen Bereich sind die Mehreinnahmen in erster Linie durch höhere Entgelte sowie durch zusätzlichen Darlehensrückzahlungen begründet.

Trotz Entlastungsmassnahmen konnte der Bund damit in einem Jahr mit einer insgesamt befriedigenden Wirtschaftslage die Ausgaben erneut nicht aus den laufenden Einnahmen finanzieren. Dies belegt die Notwendigkeit und Dringlichkeit der vom Bund eingeleiteten Massnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Zur Einhaltung der Schuldenbremse zeichnet sich für das nächste Jahr ein höherer Korrekturbedarf ab, als in der gültigen Finanzplanung angenommen. Grund dafür sind die tieferen Schätzungen der Einnahmen, die sich auf Grund der vorausgesagten

³ Quelle: Basel Economics AG.

Verlangsamung des Wachstums in diesem Jahr noch in den Folgejahren bemerkbar machen werden. In den Jahren 2007 und 2008 muss anstelle der bisher erwarteten Überschüsse erneut mit Defiziten gerechnet werden.

3 Überblick und Gesamtbeurteilung

3.1 Würdigung des Rechnungsabschlusses

Die Staatsrechnung 2004 schliesst sich der Reihe negativer Abschlüsse an. Der Abschluss 2004 weist mit einem Defizit in der Laufenden Rechnung von 46.2 Mio. Fr. beinahe denselben Saldo aus wie im Jahr 2003 (Defizit von 50 Mio. Fr.). Der Abschluss 2004 liegt ziemlich genau im Rahmen des Budgets. Wie diese Entwicklung zeigt, fehlen dem Kanton in der Laufenden Rechnung seit 2001 jährlich rund 50 Mio. Fr..

Mit den Abschlüssen seit 2001 musste eine jährliche Eigenkapitalreduktion in Kauf genommen werden. Das Eigenkapital reduzierte sich von 323 Mio. Fr. per Ende 2000 auf 133 Mio. Fr. per Ende 2004. Für die Finanzierung der Defizite in der Laufenden Rechnung wurde in diesen drei Jahren mehr als die Hälfte des vorhandenen Eigenkapitals aufgebraucht.

In der Laufenden Rechnung schliessen sowohl Aufwand als auch Ertrag auf einem höheren Niveau ab als budgetiert. Der Mehraufwand von 83.2 Mio. Fr. resultiert einerseits aus der Bildung von betriebswirtschaftlich notwendigen Rückstellungen, aus einem höheren Personalaufwand und aus höheren Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen (Baselbieter Gemeinden, Kantone Basel-Stadt, Aargau und Solothurn). Auf der Ertragsseite fallen schwergewichtig Mehrerträge bei den Steuern, bei den Entgelten und bei den Rückerstattungen des Bundes an. Im Vergleich zum Budget wurde insgesamt 83.7 Mio. Fr. mehr eingenommen.

Der Personalaufwand, der rund ein Drittel des Aufwands verursacht, stieg im Vergleich zur Rechnung 2003 um 39.4 Mio. Fr. bzw. 4.7%. Nach Abzug der Lohnsummensteigerungen infolge Teuerungsausgleich und Stufenanstieg sowie der Löhne der Realschullehrer und -lehrerinnen, die neu vom Kanton finanziert werden, verbleibt eine Zunahme von rund 7 Mio. Fr. Dieser Betrag ist zurückzuführen auf Beförderungen und Stellenausbau insbesondere bei Spitälern, Polizei, Gerichte und Schulen. Der Stellenausbau hängt mit der Erbringung von Leistungen zusammen. Ein Trendbruch kann somit nur erreicht werden, wenn die Leistungen hinterfragt und zum Teil auch ein Verzicht akzeptiert wird.

Mit dem Rechnungsabschluss 2004 erhöht sich die Staatsquote gegenüber dem Vorjahr leicht, die Steuerquote bleibt praktisch auf dem Vorjahresniveau. Ein besonderes Augenmerk muss weiterhin auf die beiden grössten Ausgabenbereiche Bildung und Gesundheit gelegt werden. Beide Bereiche sind im Vergleich zur Vorjahresrechnung auf der Aufwandseite stärker gewachsen als der Gesamtaufwand (Bildung +6.1%, Gesundheit exkl. Prämienvorbereitung KVG +4.1%). Dank hohen Mehreinnahmen bei den Spitalbetrieben ist das Nettoergebnis im Gesundheitsbereich besser als im Vorjahr.

Mit dem Rechnungsabschluss 2004 ist das finanzpolitische Ziel - "Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts zwischen Aufwand und Ertrag in der Baselbieter Staatsrechnung" - noch nicht erreicht. Auch mit der angekündigten Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven lässt sich der Staatshaushalt nicht ins Gleichgewicht gebracht bringen. Der Finanzplan 2005 - 2008 weist

trotz Genereller Aufgabenüberprüfung negative Saldi aus und zeigt die Notwendigkeit von Entlastungsmassnahmen auf. Können die in der Vorlage zur Generellen Aufgabenüberprüfung enthaltenen Massnahmen nicht umgesetzt werden, wird die Laufende Rechnung tiefrot.

3.2 Überblick über die Gesamtrechnung

Die *Laufende Rechnung* schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 46.2 Mio. Fr. und somit leicht besser als budgetiert ab (-0.4 Mio. Fr.).

in Mio. Fr.	Rechnung 2003	% Ver. zu R 03	Rechnung 2004	% Ver. zu B 04	Budget 2004 inkl. NK
LAUFENDE RECHNUNG					
Aufwand	2'272.4	6.9	2'429.4	3.5	2'346.2
Ertrag	2'222.4	7.2	2'383.2	3.6	2'299.5
Saldo Laufende Rechnung	-50.0		-46.2		-46.6
INVESTITIONSRECHNUNG					
Ausgaben	190.1	3.7	197.1	-8.0	214.4
Einnahmen	45.0	-10.4	40.3	-37.4	64.4
Nettoinvestitionen	-145.1	8.0	-156.8	4.5	-150.0
SELBSTFINANZIERUNG					
Saldo Laufende Rechnung	-50.0		-46.2		-46.6
Abschreibungen Verwaltungsverm.	124.8	1.4	126.6	3.9	121.9
Selbstfinanzierung	74.8	7.4	80.4	6.8	75.2
Selbstfinanzierung	74.8	7.4	80.4	6.8	75.2
Nettoinvestitionen	-145.1	8.0	-156.8	4.5	-150.0
Finanzierungssaldo	-70.3	8.7	-76.4	2.2	-74.8
Selbstfinanzierungsgrad	51.6	-0.6	51.2	2.2	50.1

Der Gesamtaufwand in der Laufenden Rechnung übersteigt den Voranschlag um 83.2 Mio. Fr. oder 3.5%, wovon 41.9 Mio. Fr. auf die Bildung von betriebswirtschaftlich notwendigen Rückstellungen entfallen. Weitere grössere Abweichungen finden sich beim Personalaufwand (+19.6 Mio. Fr.) und den Entschädigung an öffentliche Gemeinwesen (+15.6 Mio. Fr.). Der Aufwand für die Passivzinsen fällt um 6.7 Mio. Fr. tiefer aus als budgetiert.

Dem Mehraufwand stehen im Rechnungsjahr Mehrerträge in praktisch gleicher Höhe gegenüber. Die Erträge liegen um 83.7 Mio. Fr. oder 3.6 % über den Budgeterwartungen. Zu diesem Ergebnis tragen vor allem die Steuererträge (+43.4 Mio. Fr. über Budget) und die Erträge aus Entgelten (+35.5 Mio. Fr. über Budget) bei. Weitere grössere Abweichungen vom Voranschlag liegen bei den Regalien und Konzessionen (-7.1 Mio. Fr.), den Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen (+5.8 Mio. Fr.) und den Laufenden Beiträgen für eigene Rechnung (-5.4 Mio. Fr.) vor.

Beim Vergleich der vorliegenden Rechnung mit dem Vorjahresergebnis ist zu berücksichtigen, dass der Abschluss 2003 stark durch den damals vollzogenen Wechsel der Verbuchungspraxis beim Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden beeinflusst wurde. Der Wechsel der Verbuchungspraxis führte in der Rechnung 2003 zu einem Minderaufwand von 69.4 Mio. Fr. (ungebundener Finanzausgleich Gemeinden) und zu Mindererträgen (Gemeindebeiträge) von 118 Mio. Fr., also zu einer Saldoverschlechterung von 48.6 Mio. Fr..

Gegenüber der Rechnung 2003 nimmt der laufende Aufwand um 157 Mio. Fr. oder 6.9% zu. 69.4 Mio. Fr. der Aufwandsteigerung sind auf den Wechsel der Verbuchungspraxis (ungebundener Finanzausgleich) zurückzuführen (*ohne Wechsel der Verbuchungspraxis hätte der Aufwand um 87.6 Mio. Fr. oder 3.7% genommen*). Das im Vergleich zum Vorjahr höhere Niveau der Rückstellungsbildung schlägt mit 31 Mio. Fr. zu Buche. Grössere Zunahmen sind auch beim Personalaufwand (+39.4 Mio. Fr.) und den eigenen Laufenden Beiträgen (+35 Mio. Fr.) zu verzeichnen. Hingegen ist im Vergleich zum Vorjahr durch den Wegfall des Gemeindeanteils an Grundstückgewinnsteuer, Handänderungssteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer (neues Finanzausgleichsgesetz per. 1.8.2003) eine gewichtige Aufwandposition entfallen (-26.7 Mio. Fr.).

Ebenfalls auf der Ertragsseite ist gegenüber dem Vorjahr mit einem Plus von 160.8 Mio. Fr. oder 7.2% eine starke Zunahme zu verzeichnen. Davon sind aber 118 Mio. Fr. auf den Wechsel der Verbuchungspraxis (Minderertrag Gemeindebeiträge im Jahr 2003) zurückzuführen (*ohne Wechsel der Verbuchungspraxis wäre der Ertrag nur um 42.8 Mio. Fr. oder 1.8% gestiegen*). Die Erträge aus Entgelten nehmen um 36.6 Mio. Fr. zu. Das Steueraufkommen ist gegenüber dem Vorjahr um 6.7 Mio. Fr. gewachsen. Ebenfalls nennenswerte Zunahmen sind bei den Erträgen aus Regalien und Konzessionen (5.4 Mio. Fr.) sowie bei den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung (4.8 Mio. Fr.) zu verzeichnen.

In der *Investitionsrechnung* wird das budgetierte Ausgabenvolumen um 17.3 Mio. Fr. nicht ausgeschöpft. Da aber auch die Investitionseinnahmen tiefer als budgetiert ausfallen (-24.1 Mio. Fr.), liegen die Nettoinvestitionen (156.8 Mio. Fr.) um 6.8 Mio. Fr. über dem Voranschlag. Gegenüber der Rechnung 2003 haben die Nettoinvestitionen jedoch um 11.7 Mio. Fr. oder 8% zugenommen.

Die *Selbstfinanzierung* fällt mit 80.4 Mio. Fr. höher aus als budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr verbessert sich die Selbstfinanzierung um 5.6 Mio. Fr. oder 6.8%.

Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen hat gegenüber dem Vorjahr marginal abgenommen und muss mit 51.2% weiterhin als ungenügend betrachtet werden. Eine Verschuldung für Anlagegüter von langfristigem Gegenwert kann akzeptiert werden. Der vorherrschende Trend mit defizitären Abschlüssen der Laufenden Rechnung hingegen mag nicht zu befriedigen.

3.3 Entwicklung der Selbstfinanzierung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Selbstfinanzierung.

Selbstfinanzierung

Jahr	Mio. Fr.	In % der Netto- Investitionen	In % des Laufenden Aufwandes
1990	116	115	9.4
1991	16	13	1.2
1992	56	37	3.7
1993	57	37	3.7
1994	105	62	6.2
1995	139	81	7.9
1996	175	110	8.9
1997	121	77	6.0
1998	147	91	7.4
1999	146	96	7.0
2000	129	89	5.8
2001	75	57	3.4
2002	90	65	3.7
2003	75	52	3.3
2004	80	51	3.3
B 2005	91	60	3.7

4 Sonderfaktoren

4.1 Bundesrecht und interkantonale Vereinbarungen

Der Kantonshaushalt des Kantons Basel-Landschaft wird durch Faktoren mitbeeinflusst, welche durch übergeordnetes Recht (Bundesrecht oder interkantonales Recht) bestimmt und daher nicht beeinflussbar sind. Es handelt sich um gebundene Ausgaben⁴. Im folgenden werden die gebundenen Bereiche und deren Auswirkung auf den Saldo der Laufenden Rechnung dargestellt.

Einfluss der Bundespolitik und von interkantonalen Vereinbarungen auf die Staatsrechnung Kanton Basel-Landschaft

In Mio. Fr.	R 2004	B 2004	Auswirkung auf Saldo L.R.
Bundesrecht			
Prämienverbilligung gemäss KVG (netto)	42.1	44.7	+2.6
Beiträge an AHV/IV (brutto)	135.1	131.9	-3.2
Beiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV (netto; ohne Gemeindebeiträge)	76.7	81.8	+5.1
Sockelbeiträge 2003 für Zusatzversicherte	16.8	17.2	+0.4
Anteil an Bundessteuern (inkl. LSVA)	110.0	106.0	+4.0
Reingewinn Schweizerische Nationalbank	49.6	56.6	-7.0
Total Bundesrecht			1.9
Interkantonale Verträge			
Uni-Beitrag an Basel-Stadt	97.7	96.8	-1.0 ⁵
Anschubfinanzierung ETH-Institut für Systembiologie	0.5	2.5	+2.0
Beitrag an FHBB	37.2	37.2	0.0
Beiträge von anderen Hochschul-Konkordaten	7.2	7.6	+0.4
Beiträge gemäss Schulabkommen	17.9	15.3	-2.6
Beiträge für UKBB	14.6	17.7	+3.1
Beiträge gemäss Spitalabkommen	39.5	34.7	-4.8
Rückerstattungen aus Spitalabkommen	10.6	8.7	1.9
Total Interkantonale Verträge			-1.0
Total Bundesrecht und Interkantonale Verträge			+0.9

In der Rechnung 2004 gleichen sich die Auswirkungen auf der Aufwand und Ertragsseite in etwa aus, so dass sie den Saldo der Laufenden Rechnung nicht stark beeinflussen.

⁴ Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz § 1, SGS 310.1

⁵ Anpassung des Uni-Beitrages an die Teuerung gemäss Staatsvertrag.

4.3 Periodenfremde Erträge

Folgende grössere periodenfremde Erträge sind in der Staatsrechnung 2004 enthalten:

In Mio. Fr.	R 2004
Pflegetaxen aus 2003	+3.0
Steuerertrag aus Kapitalabfindungen 2./3. Säule aus Vorjahren	+7.0
a.o. Ertrag durch Auflösung Rückstellungen für Lohnnachzahlungen (Lohnbeschwerden)	+3.4
Total	+13.4

4.4 Periodenfremde Aufwendungen

Folgende grössere periodenfremde Aufwendungen sind in der Staatsrechnung 2004 enthalten:

In Mio. Fr.	R 2004
Ausserordentliche Rückleistungen von Kantonsbeiträgen UKBB aus 2003	-2.0
Abgrenzung Ferienguthaben/Überstunden aus Vorjahren	+2.8
Aufwand für zuviel bezogene Wasserzinsen aus Vorjahren	+0.9
Nachzahlung von Löhnen (Lohnbeschwerden)	+3.4
PK-Beiträge aus Vorjahren	+1.3
Total	+6.4

Die periodenfremden Erträge übersteigen die periodenfremden Aufwendungen um 7 Mio. Franken.

5 Analyse der Rechnung 2004

5.1 Entwicklung der Aufwändungen nach Artengliederung

Die verschiedenen Aufwandskategorien haben sich gegenüber dem Budget und der Vorjahresrechnung wie folgt entwickelt:

Der **Personalaufwand** liegt um 19.6 Mio. Fr. oder 2.3 % über dem Voranschlag. Dabei gilt es folgende Sachverhalte zu berücksichtigen: Nicht budgetierte Kosten für vorzeitige Pensionierungen +2.7 Mio. Fr., periodenfremde Kosten für Lohnnachzahlungen infolge Lohnbeschwerden (saldo-neutral, da über Auflösung von Rückstellungen finanziert) +3.4 Mio. Fr., periodenfremder Personalaufwand infolge Abgrenzung Ferien- und Überstundenguthaben aus Vorjahren +2.8 Mio. Fr. Eine grosse Budgetüberschreitung im Umfang von +10 Mio. Fr. ist im Spitalbereich zu verzeichnen. Eine weitere grössere Budgetüberschreitung von +1.8 Mio. Fr. liegt bei der öffentlichen Arbeitslosenkasse, den RAV sowie bei der Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen vor. Diese Kosten werden jedoch vollumfänglich durch den Bund refinanziert.

Gegenüber der Rechnung 2003 resultiert eine Zunahme des Personalaufwands um 39.4 Mio. Fr. oder 4.7%. Von dieser Zunahme sind ca. 8.5 Mio. Fr. auf erfahrungsstufenbedingte Lohnsteigerungen zurückzuführen. Rund 6.2 Mio. Fr. der Steigerung sind durch die erwähnten periodenfremden Aufwändungen im Rechnungsjahr 2004 (Stundenabgrenzung, Nachzahlung Lohnbeschwerden) zu erklären. Des weiteren beeinflussen strukturelle Effekte den Vergleich: Die Integration von Lehrerseminar und Reallehrerausbildung in die HPSABB führt gegenüber dem Vorjahr zu einer Abnahme des Personalaufwandes von 9.3 Mio. Fr. Demgegenüber verursacht die mit dem per 1.8.2003 in Kraft getretenen Finanzausgleichsgesetz erfolgte Übernahme der Lehrpersonen der Realschulen eine Erhöhung des Personalaufwandes von ca. 25.7 Mio. Fr.. Rund 7 Mio. Fr. des Mehraufwandes sind auf Beförderungen und Stellenausbau zurückzuführen.

Der **Sachaufwand** fällt mit 264.4 Mio. Franken um 3.4 Mio. Fr. oder 1.3% höher aus als der Voranschlag. Grössere Abweichungen vom Budget ergeben sich beim medizinischen Verbrauchsmaterial (+3.6 Mio. Fr.) sowie bei den Arzthonoraren und medizinischen Fremdleistungen (-1.2 Mio. Fr.). Gegenüber der Rechnung 2003 nimmt der Sachaufwand um 1.5 Mio. Fr. oder 0.6% zu.

in Mio. Fr.	Rechnung 2003	% Ver. zu R 03	Rechnung 2004	% Ver. zu B 04	Budget 2004 inkl. NK
Aufwand Laufende Rechnung					
30 Personalaufwand	834.0	4.7	873.4	2.3	853.8
31 Sachaufwand	262.9	0.6	264.4	1.3	261.0
32 Passivzinsen	43.2	-8.3	39.6	-14.5	46.3
33 Abschreibungen	160.8	19.0	191.4	30.8	146.3
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	36.0	119.9	79.2	4.1	76.0
35 Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen	84.4	10.2	93.1	20.1	77.5
36 Eigene Laufende Beiträge	735.9	4.8	770.9	0.0	771.1
37 Durchlaufende Beiträge	87.2	-0.2	87.0	1.5	85.7
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	2.5	40.6	3.6	-11.7	4.0
39 Interne Verrechnungen	25.5	5.8	27.0	10.6	24.4
Gesamttotal Aufwand	2'272.4	6.9	2'429.4	3.5	2'346.2

Bei den **Passivzinsen** wird der Voranschlag um 6.7 Mio. Fr. oder 14.5% unterschritten. Für die Zinsen für Kontokorrentkonti und Terminkredite ist eine Budgetunterschreitung von -3.6 Mio. Fr. auszuweisen. Bei den Vergütungszinsen der Staatssteuer liegt der Aufwand um 5.5. Fr. unter den Budgeterwartungen, da zum Zeitpunkt der Budgetierung die erfolgte Anpassung der Vergütungszinsen an die sehr tiefen Marktzinssätze nicht bekannt war. Demgegenüber liegen die Zinsen für mittel- und langfristige Schulden um 2.5 Mio. Fr. über dem budgetierten Aufwand.

Der **Abschreibungsaufwand** übersteigt mit 191.4 Mio. Fr. das Budget um 45.1 Mio. Fr. oder 30.8%. Während die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen (-1.5 Mio. Fr) sowie die ordentlichen Abschreibungen Verwaltungsvermögen und ausserordentlichen Abschreibungen (+4.5 Mio. Fr. resp. +0.3 Mio. Fr.) im budgetierten Rahmen liegen, schlagen betriebswirtschaftlich notwendige Rückstellungen im Umfang von 42 Mio. Fr. zu Buche (Prozessrisiken, Ausfinanzierung der Deckungslücke Pensionskasse bei der Fusion zur FHNW sowie ausserordentliche Abschreibungen Tagbruch Chienbergtunnel).

Die **Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung** weisen gegenüber dem Budget eine Abweichung von +3.2 Mio. Fr. oder 4.1% auf. Dies ist vor allem auf die höheren Beiträge an die Gemeinden (infolge höherer Steuererträge 2003) im Rahmen des Finanzausgleichs begründet.

Die **Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen** übersteigen das Budget um 15.6 Mio. Fr. oder 20.1%. Die grösste Abweichung von +8 Mio. Franken fällt auf die Rückerstattung an die Gemeinden für Unterhaltsbeiträge für Sekundarschulbauten sowie Unterhalt und Miete für Realschulbauten (vgl. auch Details in den entsprechenden Dienststellenkommentaren). Ebenfalls über dem

Voranschlag liegen die Beiträge im Rahmen der Spitalabkommen an Basel-Stadt (+2.9 Mio. Fr.) und die übrigen Kantone (+2.0 Mio. Fr.).

Bei den **Eigenen Laufenden Beiträge** wird der Budgetwert insgesamt genau eingehalten. Bei einzelnen Positionen ergeben sich gegenüber dem Budget folgende grösseren Abweichungen: Prämienverbilligung KVG (-6.4 Mio. Fr.), Ergänzungsleistungen an AHV/IV (-5.8 Mio. Fr.), Beiträge an AHV/IV (+3.2 Mio. Fr.), Beitrag an UKBB (-3.1 Mio. Fr.), Anschubfinanzierung für Institut für Systembiologie ETH (-2 Mio. Fr.), Beitrag an die Universität (+1 Mio. Fr.), Beiträge an Heime und IV-Sonderschulen (+4.9 Mio. Fr.), Beiträge an private Schulen und Kurse (+3.0 Mio. Franken) sowie Beiträge an Kantone im Rahmen der Schulabkommen (+1.4 Mio. Franken).

Die **durchlaufenden Beiträge** liegen um 1.3 Mio. Fr. oder 1.5 % über dem Budget. Diese Überschreitung korrespondiert mit der Ertragsseite der durchlaufenden Beiträge und ist saldoneutral.

Bei den **Einlagen in Spezialfinanzierung und Fonds** wird der Budgetwert um 0.4 Mio. Fr. unterschritten. Die Einlage in den Finanzausgleichsfonds fällt 1.8 Mio. Fr. tiefer aus als budgetiert. In den Wirtschaftsförderungsfonds wurde eine Einlage von 1 Mio. Fr. getätigt.

Der Aufwand für **interne Verrechnungen** liegt 2.6 Mio. Fr. oder 10.6% über dem Budget. Aufwand und Ertrag der internen Verrechnungen sind (wie die durchlaufenden Beiträge) saldoneutral.

5.2 Entwicklung der Erträge nach Artengliederung

Die verschiedenen Ertragskategorien haben sich gegenüber dem Budget und der Vorjahresrechnung wie folgt entwickelt:

in Mio. Fr.	Rechnung 2003	% Ver. zu R 03	Rechnung 2004	% Ver. zu B 04	Budget 2004 inkl. NK
Erträge Laufende Rechnung					
40 Steuern	1'277.2	0.5	1'283.9	3.5	1'240.5
41 Regalien und Konzessionen	51.1	10.6	56.5	-11.1	63.6
42 Vermögenserträge	66.3	3.4	68.5	2.5	66.8
43 Entgelte	402.5	9.1	439.1	8.5	404.6
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	101.5	4.8	106.3	3.5	102.7
45 Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen	53.1	7.3	57.0	11.3	51.2
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	157.8	61.0	254.0	-2.1	259.4
47 Durchlaufende Beiträge	87.1	0.0	87.1	1.7	85.7
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds	0.5	727.9	4.0		0.7
49 Interne Verrechnungen	25.3	5.9	26.8	9.9	24.4
Gesamttotal Einnahmen	2'222.4	7.2	2'383.2	3.6	2'299.5

Die Erträge aus **Steuern** übersteigen die Budgeterwartungen um 3.5% oder 43.4 Mio. Fr.. Gegenüber dem Vorjahr ist aber bloss eine Zunahme der Steuererträge von 6.7 Mio. Fr. oder 0.5% zu verzeichnen. Mitverantwortlich für die nur geringe Zunahme gegenüber dem Vorjahr sind die aussergewöhnlich hohen Erträge aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer, der Handänderungssteuer und der Grundstückgewinnsteuer im Jahr 2003. Im Hinblick auf den Wegfall der Gemeindeanteile an diesen Spezialsteuern infolge der Revision des Finanzausgleichsgesetzes wurden 2003 besondere Anstrengungen unternommen, um möglichst viele ertragreiche Fälle noch im Jahr 2003 zu fakturieren.

Die *Einkommenssteuern natürlicher Personen* übersteigen den budgetierten Wert um 27 Mio. Fr. oder 3.5 %. Der Budgetbetrag für 2004 war als Folge einer zu niedrig eingeschätzten Ausgangslage zu tief angesetzt. Ab Rechnungsjahr 2005 dürften der Budgetwert und der Ertrag gemäss Jahresabschluss wieder wesentlich näher liegen.

Bei den *Vermögenssteuern natürlicher Personen* ist sowohl gegenüber dem Budget (+4.4 Mio. Fr. oder 4.9%) als auch gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung feststellbar.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die **Steuererträge**:

Steuern in Mio. Fr.	Rechnung 2003	% Ver. zu R 03	Rechnung 2004	% Ver. zu B 04	Budget 2004 inkl. NK
Einkommenssteuer nat. Personen	789.7	2.4	809.0	3.5	782.0
Vermögenssteuer nat. Personen	90.3	4.5	94.4	4.9	90.0
Grenzgänger, Nach- und Straf- steuern; Doppelbest.abkommen	38.6	3.0	39.7	8.6	36.6
Ertragssteuer juristische Personen	139.0	0.5	139.7	0.2	139.5
Kapitalsteuer juristische Personen	14.7	3.5	15.2	6.8	14.2
Kirchensteuer jurist. Personen	7.8	-0.9	7.8	1.1	7.7
Abfindungen 2./3. Säule	13.2	11.6	14.8	127.4	6.5
Grundstückgewinnsteuer	38.0	-17.9	31.2	-8.2	34.0
Handänderungssteuer	30.8	-13.3	26.7	6.7	25.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	42.5	-24.5	32.1	3.5	31.0
Verkehrssteuer	72.6	1.0	73.3	-1.0	74.0
Gesamttotal Steuern	1'277.2	0.5	1'283.9	3.5	1'240.5

Die Erträge aus *Nach- und Strafsteuern, Rückerstattung Grenzgänger sowie Steueranrechnung gemäss Doppelbesteuerungsabkommen* sind um 3.1 Mio. Fr. höher ausgefallen als budgetiert.

Das Aufkommen *der Ertragssteuer* liegt ziemlich genau im Voranschlag. Bei den Erträgen aus der *Kapitalsteuer* setzte sich die positive Entwicklung der vergangenen Jahre fort. Der budgetierte Ertrag wird um 1 Mio. Franken oder 6.8% übertroffen.

Der Ertrag aus *Steuern aus Kapitalabfindungen 2./3. Säule* übersteigt das Budget um 8.3 Mio. Fr. Angesichts der andauernden Diskussionen um die Rentensicherheit scheinen Kapitalauszahlungen weiter an Bedeutung gewonnen zu haben. Erneut betrifft fast die Hälfte des verbuchten Ertrags Vorperioden.

Nach dem Wegfall der Gemeindeanteile an *Grundstückgewinnsteuer, Handänderungssteuer sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer* per Ende 2003 normalisierte sich das Fakturierungsvolumen. Das Aufkommen aus Handänderungssteuer (+1.7 Mio. Fr., +6.7%) und Erbschafts- und Schenkungssteuer (+1.1 Mio. Fr., + 3.5%) übertrifft die Budgeterwartungen. Indessen fiel der Rückgang bei der Grundstückgewinnsteuer (-2.8 Mio. Fr., -8.2%) noch deutlicher aus als angenommen.

Das *Verkehrssteueraufkommen* blieb etwas unter den Erwartungen (-0.7 Mio. Fr. oder -1.0%).

Die Erträge aus **Regalien und Konzessionen** liegen 7.1 Mio. Fr. unter dem budgetierten Ertrag. Hauptursache ist eine überhöhte Einschätzung des Gewinnanteils der Schweizerischen Nationalbank im Budget 2004.

Die **Vermögenserträge** sind um 2.5% oder 1.7 Mio. Fr. leicht höher ausgefallen als budgetiert. Über den Budgeterwartungen haben sich die Verzugszinsen Steuern (+1 Mio. Fr.) und der Anteil am Reingewinn der Basellandschaftlichen Kantonalbank (+1 Mio. Fr.) entwickelt. Die Erträge aus Buchgewinnen aus Wertschriften, Darlehen und Beteiligungen sind hingegen um 1 Mio. Franken tiefer ausgefallen als angenommen.

Gegenüber dem Budget verzeichnen die **Entgelte** einen Mehrertrag von 34.5 Mio. Fr. oder 8.5%. Die Mehrerträge resultieren im wesentlichen aus Gebühren für Amtshandlungen (+5.7 Mio. Fr.), Pflögetaxen (+7.7 Mio. Fr.), Verkäufe (+2.2 Mio. Fr.), Arzthonorare (+11.4 Mio. Fr.) und Bussen (+3.8 Mio. Fr.).

Der im Vergleich zum Budget höhere Ertrag aus **Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung** (+3.6 Mio. Fr., +3.5%) ist vorwiegend auf die über Erwartung eingegangenen Erträge aus dem Anteil an der direkten Bundessteuer zurückzuführen.

Die Erträge aus **Rückerstattung von öffentlichen Gemeinwesen** übertreffen das Budget um 5.8 Mio. Franken (+11.3%). Namhafte Mehrerträge ergeben sich durch die Rückerstattung des Bundes zur Refinanzierung der Ausgaben der öffentlichen Arbeitslosenkasse/RAV (+1.8 Mio. Fr.) sowie aus Rückerstattungen von Kantonen im Rahmen der Spitalabkommen (+1.9 Mio. Fr.).

Insgesamt unterschreiten die Erträge aus **Laufenden Beiträgen für eigene Rechnung** den Voranschlag um 5.4 Mio. Fr. (-2.1%). Grössere Zunahmen sind bei den Bundesbeiträgen für das Asylwesen (+1 Mio. Fr.) und bei den Gemeindebeiträgen an Heime und IV-Sonderschulen (+1.6 Mio. Fr.) zu verzeichnen. Hingegen bleiben die Gemeindebeiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV (-2.3 Mio. Fr.), die Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung KVG (-3.8 Mio. Fr.) und die Bundesbeiträge für den betrieblichen Unterhalt von Hochleistungsstrassen (-1.4 Mio. Fr.) hinter den Budgeterwartungen zurück.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds** übersteigen den budgetierten Ertrag um 3.3 Mio. Fr. Es handelt sich hierbei um die Auflösung von Rückstellungen für Lohnnachzahlungen an die Hauswirtschaftslehrpersonen.

5.3 Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushalts wird nachfolgend anhand ausgewählter Finanzkennzahlen (für die Definitionen vgl. nachfolgende Seite) beurteilt.

Die **Staatsquote** hat sich 2004 um einen halben Prozentpunkt erhöht und macht 16.5% des kantonalen Volkseinkommens aus. Der längerfristige Trend der Staatsquote seit 2000 deutet darauf hin, dass die konsolidierten Gesamtausgaben des Kantons weiterhin stärker steigen als das Volkseinkommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich beim verwendeten Volkseinkommen des Jahres 2004 um einen provisorischen Prognosewert handelt; der Bund hat noch keine definitiven Zahlen publiziert.

Bei der **Steuerquote** ist 2004 ein Rückgang um 0.2 Prozentpunkte gegenüber 2003 zu verzeichnen. Das heisst, dass die Steuereinnahmen des Kantons (exkl. Verkehrssteuern) weniger stark gestiegen sind als das Volkseinkommen.

Finanzkennzahlen	2000 Rechnung	2001 Rechnung	2002 Rechnung	2003 Rechnung	2004 Rechnung
Staatsquote	15.0%	15.4%	16.8%	16.0%	16.5%
Steuerquote	8.5%	8.6%	8.7%	8.8%	8.6%
Brutto-Investitionsquote	1.3%	1.2%	1.3%	1.4%	1.4%
Netto-Investitionsquote	1.1%	1.0%	1.0%	1.1%	1.1%
Selbstfinanzierungsgrad	88.7%	56.8%	65.3%	51.6%	51.3%
Neuverschuldungsgrad	11.3%	43.2%	34.7%	48.4%	48.7%
Kapitaldienstanteil	4.5%	4.0%	4.7%	4.4%	4.0%
Zinsbelastungsanteil	-0.9%	-1.7%	-0.4%	-1.1%	-1.3%
Investitionsanteil	8.3%	7.9%	7.7%	9.0%	8.7%
Transferanteil	39.9%	41.6%	43.9%	40.5%	41.6%

Brutto- und Nettoinvestitionsquote verharren 2004 unverändert auf 1.4% bzw. 1.1%, was die seit Jahren verfolgte Politik der Verstetigung des Investitionsniveaus (netto 150 Mio. Franken) zum Ausdruck bringt.

Der **Neuverschuldungsgrad 2004** hat sich gegenüber dem Vorjahr von 48.4% auf 48.7% erhöht. Das heisst, dass 2004 ca. 52% der Investitionen ohne Neuverschuldung selbst finanziert werden konnten.

Weil die Erträge in der Laufenden Rechnung um 160 Mio. Franken gesteigert wurden, konnte der **Kapitaldienstanteil** im Rechnungsjahr erneut gesenkt werden. Dies ist vor allem die Folge des weiterhin tiefen Zinsniveaus und damit der rückläufigen Passivzinsen (minus 4 Mio. Fr.). Dazu beigetragen haben auch die tieferen Abschreibungen auf dem Finanzvermögen (minus 3.3 Mio. Fr.). Der **Zinsbelastungsanteil** ist weiterhin negativ, da der Nettovermögensertrag grösser geblieben ist als die Passivzinsen. Der **Investitionsanteil** am bereinigten Ertrag ist 2004 um 0.3 Prozentpunkte zurückgegangen.

Definitionen der Finanzkennzahlen:

Staatsquote:	Konsolidierte Gesamtausgaben ⁶ in % des Volkseinkommens ⁷
Steuerquote:	Allgemeine Steuern (Kontogruppe 40 minus 406) in % des Volkseinkommens.
Brutto-Investitionsquote:	Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Netto-Investitionsquote:	Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.
Neuverschuldungsgrad:	Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.
Kapitaldienstanteil:	Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag ⁸ in % des bereinigten Ertrags ⁹ .

⁶ Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

⁷ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baselbieter Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2002. Die Zahlen für 2003 und 2004 sind aufgrund der für diese Jahre angenommenen Wachstumsraten des kantonalen Volkseinkommens hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2002 und neue Wachstumsprognosen der BAK vorliegen.

Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag in % des bereinigten Ertrags.
Investitionsanteil:	Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags.
Transferanteil:	Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen ¹⁰ .

5.4 Kommentar zum Sektor Gesundheit

Nach einer vorübergehenden Umkehr der Aufwandentwicklung im vergangenen Jahr hat der Gesundheitssektor 2004 wieder zugelegt. Der Gesamtaufwand hat gegenüber dem Vorjahr um 29 Mio. Fr. oder 5% zugenommen, wovon 9 Mio. Fr. der Steigerung auf die Prämienverbilligung KVG fallen (ohne Prämienverbilligung KVG beträgt der Aufwandszuwachs 20 Mio. Fr.). In den Spitalbetrieben ist der Aufwand im Rechnungsjahr um 14 Mio. Fr. (+3.6%) angestiegen. Im Rahmen der Spitalabkommen ist der Aufwand im Vorjahresvergleich um 6 Mio. Fr. (6.8%) höher ausgefallen.

Die Ertragsseite ist im vergangenen Jahr um 35 Mio. Fr. (+10.3%) gewachsen. Zu diesem Ergebnis tragen die Bundesbeiträge für die Prämienverbilligungen KVG (infolge höherem Prämienvolumen) mit 6 Mio. Fr. bei. Die Spitalbetriebe konnten im Rechnungsjahr Mehrerträge im Umfang von 28 Mio. Fr. generieren. Die Erträge aus den Spitalabkommen haben um 1 Mio. Fr. zugenommen.

Durch das im Vergleich zum Aufwand stärkere Ertragswachstum resultieren per Saldo mit 231 Mio. Fr. um 7 Mio. Fr. oder 3% tiefere Nettokosten (inkl. Verbilligung der Krankenkassenprämien) als im Vorjahr. Der vom Kanton finanzierte Anteil (Nettokosten) an den Gesamtkosten im Gesundheitswesen (Spitalbetriebe, Spitalabkommen und Beiträge, übrige Gesundheitskosten und Prämienverbilligung KVG) beträgt nun 38.2%. Im Jahr 2003 betrug dieser Wert noch 41.0%.

Die grosse Bedeutung des Gesundheitssektors für den Kantonshaushalt geht aus den Zahlenreihen 1998-2004 hervor. In dieser Zeitspanne haben die Aufwändungen (inkl. Verbilligung der Krankenkassenprämien) um 178 Mio. Fr. (42%) zugenommen. Dabei ist der Anteil der Gesundheitskosten am Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung von 21.4% auf 24.9% gestiegen. Im gleichen Betrachtungszeitraum sind die Erträge um 118 Mio. Fr. (46%) gewachsen. Der Anteil der Erträge aus dem Gesundheitssektor an den Gesamterträgen der Laufenden Rechnung ist in diesem Zeitraum von 1998-2004 von 12.6% auf 15.6% angestiegen.

⁸ Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

⁹ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

¹⁰ Gesamteinnahmen abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

5.5 Kommentare zum Bildungssektor

Das überdurchschnittliche Wachstum im Bildungsbereich setzt sich fort. Gegenüber der Rechnung 2003 ist der Aufwand im Bildungssektor um 33 Mio. Fr. oder 6.1% gestiegen. Seit 1998 haben die Ausgaben im Bildungswesen um 125 Mio. Franken oder 28% zugenommen. Der Anteil der Bildungskosten am Gesamtaufwand der Laufenden Rechnung ist in diesem Zeitraum von 22.6% auf aktuell 23.7% gestiegen. Der Stellenwert der Bildung im kantonalen Finanzhaushalt liegt somit nur noch knapp unter demjenigen des Gesundheitssektors mit Einschluss der Prämienverbilligung (24.9% an Gesamtausgaben).

Das stärkste Aufwandwachstum im vergangenen Jahr verzeichnen mit +33 Mio. Fr. oder 17.6% die Grundschulen. Die Aufwandsteigerung im Grundschulbereich ist vor allem durch das per 1.8.2003 in Kraft getretene neue Finanzausgleichsgesetz begründet. Der Umstand, dass im Vorjahresabschluss die gewichtigen Neuerungen nur pro rata für 5 Monate, 2004 aber für 12 Monate enthalten sind, führt dazu, dass die Beiträge an Löhne Lehrpersonen für Kindergärten zunehmen (+ 2.6 Mio. Fr.) und die Beiträge an Lehrpersonen von Realschulen abnehmen (-14.4 Mio. Fr.). Im Gegenzug führt die Übernahme der Realschulen durch den Kanton zu einer Zunahme des Personalaufwandes von 26 Mio. Fr. Die Übergangslösung zu den Sekundarschulbauten und -anlagen schlägt gegenüber dem Vorjahr mit +9.6 Mio. Fr. zu Buche. Durch die Auflösung und Integration der Rubrik Sprachheilwesen in die Rubriken des Grundschulbereichs wird eine Verschiebung von 6.2 Mio. Fr. aus dem Bereich übrige Bildungskosten vorgenommen.

Auf der Tertiären Stufe ist ein Wachstum von 8 Mio. Fr. zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr hat der Beitrag an die Universität um 8 Mio. Fr. zugenommen (Anpassung an Teuerung sowie Erhöhung um 7 Mio. Fr. für Äufnung des Immobilienfonds). Weiter sind durch die Realisierung der HPSA-BB die Beiträge an die Fachhochschule um 10.5 Mio. Fr. angewachsen. Im Gegenzug vermindert sich der Aufwand durch den Wegfall von Lehrerseminar und Reallehrerausbildung (Integration in HPSA-BB) um 10 Mio. Fr.

Die Erträge nehmen gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. Fr. oder um 4% zu. Die Nettokosten im Bildungsbereich sind gegenüber 2004 um 31 Mio. Fr. oder 6.3% gestiegen. Der vom Kanton finanzierte Anteil an den Gesamtkosten beträgt 91.3%.

5.6 Leistungsaustausch mit dem Kanton Basel-Stadt

Baselland wendet rund 10% des Laufenden Haushalts für die Abgeltung von Leistungen auf, die im Kanton Basel-Stadt erbracht werden, oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben (z.B. UKBB).

Bei den **Nettoabgeltungen** handelt es sich um Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Volkswirtschaft/Umwelt, Kultur und Sicherheit. Die Nettoabgeltungen für Leistungseinkäufe bzw. Leistungsverkäufe haben gegenüber dem Vorjahr um 15.6 Mio. Franken oder 9.4% zugenommen. Diese Zunahme resultiert in den Bereichen Bildung (+9.5 Mio. Fr. wovon Universitätsvertrag +8 Mio. Fr.; Sonderschulung und Jugendhilfe +0.4 Mio. Fr.; Neukonzeption von Brückenangeboten +1.1 Mio. Fr.), Gesundheit (+3.3 Mio. Fr. wovon Spitalabkommen BS/BL +2.7 Mio. Fr.; Ausserkantonale Hospitalisation KVG BS +0.3 Mio. Fr.; Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger BL/BS +0.3 Mio. Fr.). Die Ausgaben im Bereich Kultur haben um 0.5 Mio. Fr. und die Ausgaben im Bereich Sicherheit um 2.3 Mio. Fr. (Ausschaffungshaft +0.7 Mio. Fr.; Betreute Haft für Jugendliche +1.6 Mio. Fr.) zugenommen.

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Nettoabgeltungen an BS	141	131	145	167	163	181	165	181
Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	28	32	52	48	53	55	55	60
Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS	169	163	197	215	216	236	220	241
Aufwand Laufende Rechnung BL	2'001	1'992	2'086	2'221	2'211	2'434	2'272	2'429
Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes	7.45	8.17	9.42	9.69	9.77	9.70	9.69	9.94
Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben	3	22	8	16	8	13	5	5

Die **Beiträge an gemeinsame Aufgaben** haben um 5.7 Mio. Fr. zugenommen. Dabei verzeichnet der Bereich Bildung eine Zunahme von 8.5 Mio. Fr. (Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit HPSA-BB +12 Mio. Fr.; Fachhochschule FHBB -1.5 Mio. Fr.; Stiftung Mensch-Gesellschaft und Umwelt -1.5 Mio. Fr.; TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen -0.4 Mio. Fr.), der Bereich Gesundheit insgesamt eine Abnahme von 3.5 Mio. Fr. (Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB (Kinderspitalvertrag) -3.5 Mio. Fr.) und der Bereich Volkswirtschaft/Umwelt eine Zunahme von 0.7 Mio. Fr. (Abgeltung an Basler Verkehrsbetriebe +3.2 Mio. Fr.; Abgeltung an KVA Basel¹¹ -2.9 Mio. Fr.; Abgeltung an Lufthygieneamt beider Basel +0.4 Mio. Fr.).

Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben um 0.8 Mio. Fr. ab. Es handelt sich um folgende drei Projekte: Euro Airport (-0.4 Mio. Fr.), Eissporthalle St. Jakob (-0.9 Mio. Fr.) und Neubau UKBB (+0.5 Mio. Fr.).

¹¹ Die Verrechnung der Gebühren erfolgt seit Juli 2003 von der KVA Basel direkt an die Abfalllieferanten.

Der Regierungsrat hat im Bericht zur regionalen Zusammenarbeit¹² u.a. eine Auslegeordnung der vertraglichen Vereinbarungen mit Basel-Stadt präsentiert. Er hat zudem für die künftige Ausgestaltung der regionalen Zusammenarbeit Grundsätze, Kriterien und einen Vorgehensraster als Basis für die Partnerschaftsverhandlungen zwischen Basel- Landschaft und Basel Stadt. In diesen Verhandlungen ist kürzlich ein Durchbruch gelungen. Die Kantonsregierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt haben gemeinsame Standards erarbeitet, welche die Grundsätze und Kriterien des Lastenausgleichs für gemeinsame Vorhaben regeln. Damit ist eine wichtige Grundlage zur Einigung in wichtigen regionalen Zentrumsdossiers geschaffen.

Die BL/BS-Standards definieren die gemeinsamen Spielregeln für den Lastenausgleich bei gemeinsamen Trägerschaften und Leistungseinkauf zwischen Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Sie basieren auf der Philosophie und den Grundlagen der IRV (Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich) und konkretisieren diese für die Situation in unserer Region. Die IRV ist ein integrierender Bestandteil der NFA-Vorlagen (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen), die in der Volksabstimmung vom 28. November 2004 klar angenommen wurde. Die BL/BS-Standards basieren auf dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz, welches die Übereinstimmung von Mitbestimmung, Nutzung und Finanzierung anstrebt. In einer nächsten Phase wird ab Anfang 2005 im Rahmen der paritätischen Projektorganisation in fünf Teilprojekten weiter verhandelt. Diese betreffen die Dossiers Universität, Medizinische Lehre und Forschung, Medizinische Dienstleistungen, Kultur (Theater, Sinfonieorchester, Kunstmuseum) und St. Jakob. In diesen Verhandlungsdossiers sollen im Verlauf des Jahres 2005 konkrete Lösungen gefunden werden.

5.7 Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben belaufen sich auf 197.1 Mio. Fr. und unterschreiten den Voranschlag um 17.3 Mio. Fr. Die Einnahmen der Investitionsrechnung liegen mit 40.3 Mio. Fr. (-24.1 Fr.) ebenfalls deutlich unter den Budgeterwartungen. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Bundesbeiträge an die Umfahrung Sissach (14 Mio. Fr.) nicht erwartungsgemäss eingetroffen sind. Andererseits liegen die Investitionsbeiträge des Bundes bei den Hochleistungsstrassen um 10 Mio. Fr. unter Budget, da auch bei den Ausgaben für die Erneuerung und Veränderung von Hochleistungsstrassen eine starke Budgetunterschreitung vorliegt.

Somit ergeben sich Nettoinvestitionen von 156.8 Mio. Fr.. Sie übersteigen die Budgeterwartungen um 6.8 Mio. Fr..

Die grossen Abweichungen bei den Ausgaben der Investitionsrechnung sind in den folgenden Bereichen zu verzeichnen: Die Investitionsbeiträge an die Alters- und Pflegeheime liegen um 4.4 Mio. Fr. unter dem Voranschlag. Bei den Investitionsausgaben für die Erneuerung und Veränderung von Hochleistungsstrassen wird das Budget um 13 Mio. Fr. nicht ausgeschöpft. Infolge Verzögerungen werden die Budgetwerte im Bereich öffentlicher Verkehr (-4.9 Mio. Fr.) und bei Projekten der Abwasserbehandlung (-4.2 Mio. Fr.) unterschritten. Demgegenüber übersteigen die Ausgaben im Bereich der Kantonsstrassen den Planungswert um 2 Mio. Fr.

Insgesamt entfielen 94.6 Mio. Fr. oder 48% der Investitionsausgaben auf den Tiefbau. Die Umfahrung Sissach ist mit 35 Mio. Fr. betragsmässig das bedeutendste Vorhaben. 20 Mio. Fr. wurden in den Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen investiert. Die Ausgaben für National- und Hochleis-

¹² LRV 2003/277

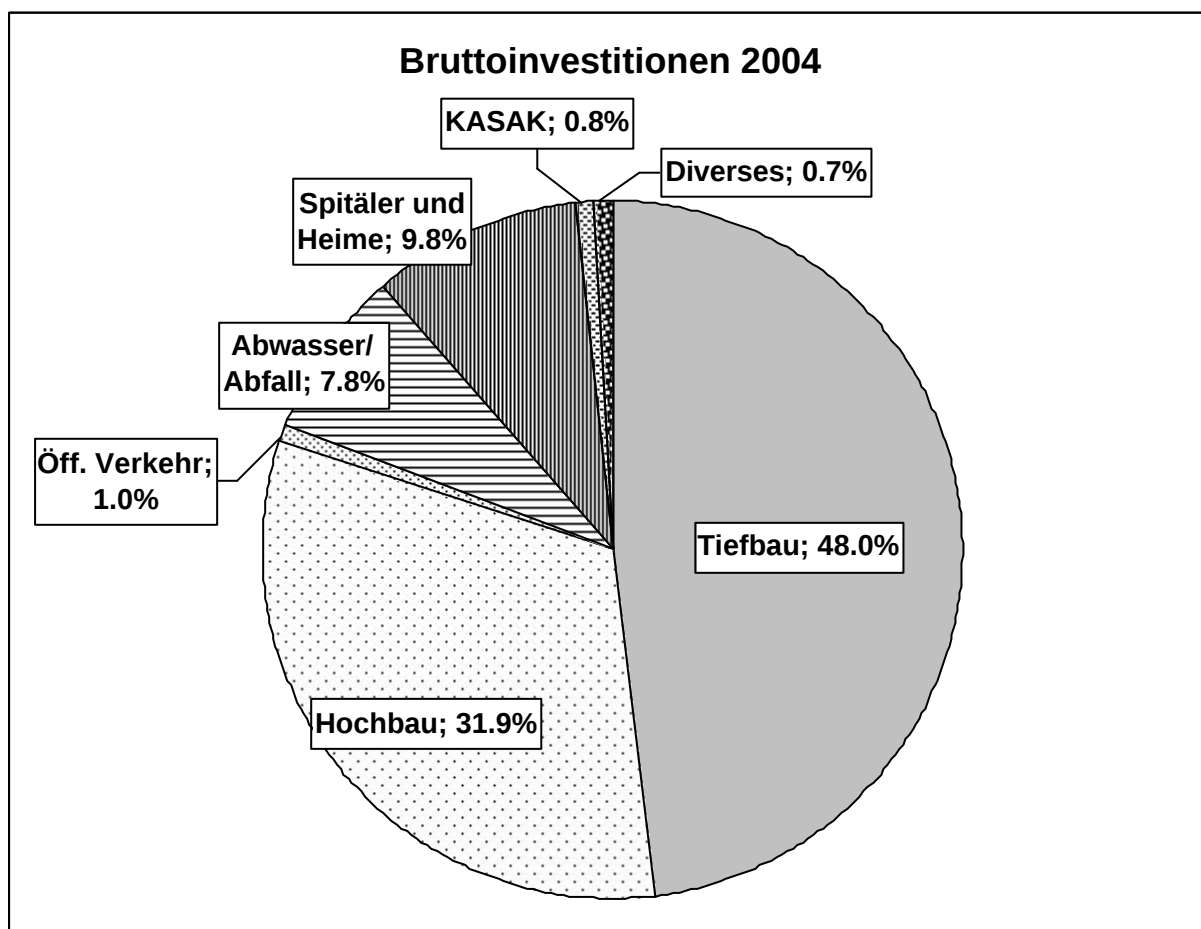
tungsstrassen belaufen sich auf 21.3 Mio. Fr.. Weitere grössere Positionen im Tiefbaubereich sind: Hauptstrasse und WB-Sanierung Oberdorf 7.1 Mio. Fr., Lärmschutzmassnahmen Kantonsstrassen Bottmingen/Oberwil und übriger Wasserbau 3.1 Mio. Fr..

Der Hochbau beanspruchte 62.9 Mio. Fr. oder 31.9% der gesamten Investitionsausgaben. Davon flossen 22.4 Mio. Fr. in den Ausbau der Kaserne Liestal. 12.1 Mio. Fr. wurden in die Kantonalen Psychiatrischen Dienste (Sanierung Haus 5) investiert. Die Kantonsbibliothek beanspruchte 7.5 Mio. Fr.. Weitere grössere Investitionsvorhaben sind: Kantonsspital Liestal (2.8 Mio. Fr.) und Gesamtsanierung Römisches Theater Augst (1.7 Mio. Fr.).

Der Anteil des Bereichs Abwasser/Abfall an den gesamten Investitionsausgaben beträgt 15.3 Mio. Fr. oder 7.8%. Die grössten Vorhaben in diesem Bereich sind: ARA Birs 2 Erhaltungsmassnahmen 3 Mio. Fr., ARA Birs 2 Ableitungskanal 4.9 Mio. Fr., Erweiterung Fernheizkraftwerk Liestal 4.2 Mio. Fr.

In den Bereich Spitäler und Heime sind im Rechnungsjahr 9.8% der Investitionsausgaben oder 19.3 Mio. Fr. geflossen. Davon entfielen 11.5 Mio. Fr auf Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime, 4.2 Mio. Fr. auf Fahrzeuge/Maschinen/Apparate in den Spitälern und 3.5 Mio. Fr. auf bauliche Investitionen in den Spitälern.

Im Bereich Öffentlicher Verkehr wurden 2 Mio. Fr. (1.0% der Investitionsausgaben) für die Gleiserneuerung Tramlinie 14 ausgegeben. In das kantonale Sportanlagenkonzept (KASAK) wurden 1.6 Mio. Fr. investiert (0.8%). Auf diverse Bereiche wie Rheinhäfen, Natur- und Umweltschutz entfielen 1.5 Mio. Fr. (0.7%).



6 Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten

Die Staatsanleihen und Darlehen zur Finanzierung der allgemeinen Staatsverwaltung erhöhten sich um 50 Mio. Fr. auf 871 Mio. Fr. (Stand Ende 2004). Das Dotationskapital für die Basellandschaftliche Kantonalbank beläuft sich auf 180 Mio. Franken. Die Durchschnittsverzinsung reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr von 3.375% auf 3.003%. Per Ende 2004 bestehen keine kurzfristigen Kredite.

Im Verlaufe des Jahres 2004 sind die folgenden Transaktionen im Mittel- und Langfristbereich getätigt worden:

Die im 2004 fällig gewordene Staatsanleihe von 150 Mio. Fr. (5.5%) wurde abgelöst durch verschiedene Privatplatzierungen im Umfang von 200 Mio. Franken. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Schulddarlehen:

- 50 Mio. Fr., Winterthur-Leben, 2.35% (2004 - 2009)
- 50 Mio. Fr., Pensionskasse des Bundes PUBLICA, 2.35% (2004 - 2009)
- 40 Mio. Fr., SUVA, 2.80% (2004 - 2012)
- 60 Mio. Fr., diverse Mittelaufnahmen für das Dotationskapital der Basellandschaftlichen Kantonalbank, Durchschnittzinssatz 2.845% (2004 - 2012)

7 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, gemäss beiliegendem Entwurf eines Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Liestal, 15. März 2005

Im Namen des Regierungsrates

Der Regierungspräsident: Adrian Ballmer

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Entwurf Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2004

Vom 15. März 2005

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Staatsrechnung 2004, bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung), der Bestandesrechnung sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2004 wird Kenntnis genommen.

Liestal, 15. März 2005

Im Namen des Landrates

Der Präsident: Adrian Ballmer

Der Landschreiber: Walter Mundschin